

UNIVERSITÄTSZEITUNG

7. FEB 1964

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

7. JAHRGANG, Nr. 26

LEIPZIG, 27. JUNI 1963

PREIS 15 PF

Physikstudenten im Vakuum? (Seite 4) Quo vadis, Musikwissenschaft? (Seite 6)

Telegramme

Kosmonautin
Valentina Tereschkova, Moskau

Die Frauen der Karl-Marx-Universität Leipzig beglückwünschten Sie als erste Kosmonautin der Welt recht herzlich zu Ihrem Weltraumflug im Dienste der Wissenschaft, des Friedens und des Fortschritts der Menschheit.

Ihr Flug ist ein glänzender Beweis für die Gleichberechtigung der Frau in der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Von ganzem Herzen wünschen wir Ihnen weiterhin viel Erfolg und alles Liebe und Gute für Ihr persönliches Wohlergehen.

Zentraler Frauenausschuß der Karl-Marx-Universität Leipzig

An das Präsidium
der Weltfrauenkonferenz Moskau

Die Frauen der Karl-Marx-Universität Leipzig grüßen den Weltfrauenkongreß und wünschen seiner Arbeit, die dem Frieden, dem Fortschritt und der Verbundenheit der Frauen in der Welt dient, vollen Erfolg.

Zentraler Frauenausschuß der Karl-Marx-Universität Leipzig

Nationalpreisträger
Prof. Dr. Arthur Lösche:

Hochachtung vor dieser Frau

Es ist ja kaum zu fassen, die Frauen haben also auch hier ihre volle Gleichberechtigung. Aus der ersten Ankündigung zum Start der Wostok 3, war zu ersehen, daß noch etwas Größeres in Vorbereitung ist. Diese Leistung macht uns doch sehr stolz. Wenn eine Frau diese schweren körperlichen Anstrengungen bewältigen kann, dann muß die Technik wirklich hervorragend und vollkommen sein. Ich nehme an, daß das Gruppenflugprogramm noch besser und vollkommener gemacht werden wird.

Vor einigen Tagen habe ich noch mit Leonid Popowitsch, dem Kosmonauten 4, gesprochen und von ihm gehört, welche hohen Anforderungen besonders in Mathematik und Physik an die Kosmonauten gestellt werden. Auch deshalb Hochachtung vor dieser Frau.

Walter Ulbricht zu Ehren

Eine wissenschaftliche Studentenkonferenz zum Thema „Walter Ulbricht und die Entwicklung der deutschen Nation“ führen die Studenten des Philosophischen Instituts am 1. Juli im Hörsaal 1 des Geschwister-Scholl-Hauses (Ritterstraße 8-10) durch. Die Konferenz wird von einem Studentenrat moderiert, der sich mit Lenins Werk über die Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution und seiner Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt. Die Konferenz soll nach dem Motto des Brecht-Wortes:

„Uns nützen, indem wir ihn ehren, ihn ehren, indem wir uns nützen, ein Gedanke der Studenten zum 70. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht sein.“

Festsitzung des Senats

Anlässlich des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht findet am Sonntag, dem 29. Juni, eine Festsitzung des Senats in der Alten Börse statt. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Steinmetz, Dekan der Philosophischen Fakultät, über Walter Ulbricht als Staatsmann und Wissenschaftler.

Volkskunstpreis für Horst Förster

Horst Förster, Leiter des Akademischen Orchesters, erhielt auf einem Festakt des Volkskammerpräsidenten für Kultur am 21. Juni den Preis für künstlerisches Volksschaffen in Klasse 1. Das Akademische Orchester der Karl-Marx-Universität unter seinem Dirigenten Horst Förster bringt auf den gegenwärtigen Festspielen in Cottbus stattfindenden 5. AVK-Bezirksfestspielen die im Auftrag des AVK-Bezirksvorstandes geschriebene Sinfonie „Sinfonia des Komponisten Fritz Förster“ zur Aufführung.



Volkskammerpräsident Prof. Dr. h. c. Johannes Diekmann sprach vor den Wissenschaftlern und Studenten der Fakultät für Journalistik.

Ein Journalist braucht: Ökonomie, Technik und Naturwissenschaften

UZ-Interview mit Prof. Dr. Wolfgang Rödel, Dekan der Fakultät für Journalistik

Ein halbes Jahr ist vergangen seit dem Tag, an dem die Delegierten unserer Universitäts-Parteiorganisation dem VI. Parteitag der SED gewichtige Materialien übergaben: die zu Ehren des VI. Parteitages eingegangenen Verpflichtungen aus Fakultäten und Instituten, aus den verschiedensten Bereichen unserer Karl-Marx-Universität. UZ fragt jetzt: Wir würden diese Verpflichtungen erfüllen? Der Dekan der Fakultät für Journalistik, Genosse Prof. Dr. Rödel, an den wir uns als ersten wandten, gewährte dazu folgendes Interview:

UZ: Hat der Rat der Fakultät für Journalistik sich in der Vergangenheit bereits mit der Erfüllung der zu Ehren des Parteitages abgegebenen Verpflichtungen beschäftigt?

Prof. Dr. Rödel: Ich darf sagen, daß der Fakultätsrat sich regelmäßig mit der Realisierung unserer Verpflichtungen beschäftigt hat. Im wesentlichen ging es bei uns um die Überprüfung des Studienplanes der Fakultät sowie die Durchführung zweier wissenschaftlicher Konferenzen zu aktuellen Problemen unserer Journalistik. Es ist klar, daß ein Gegenstand von solcher Tragweite wie die Studienplandiskussion Haupttagungspunkt einer ganzen Reihe von Fakultätsratstagungen war.

UZ: Wie schätzte der Rat der Fakultät die erzielten Ergebnisse ein, und was hat sich seiner Meinung nach inhaltlich und methodisch als wesentlich für die Führung der Plandiskussion 1964 erwiesen?

Prof. Dr. Rödel: Die Hauptfrage, die geklärt werden mußte und unseres Erachtens auch beantwortet ist, lautet: Welche Anforderungen müssen an die Journalisten gestellt werden, die entscheidend die Verwirklichung des vom Parteitag beschlossenen umfassenden Aufbaus des Sozialismus mitbestimmen sollen. Zur Klärung dieser Fragen waren zwei Hauptwege zu beschreiten. Wir mußten gründlich die Materialien des Parteitages hinsichtlich der Ausbildung von Journalisten auswerten und uns bemühen, die Vorstellungen der Wissenschaftler und Studenten über ein den hohen Anforderungen der neuen Entwicklungsetappe entsprechendes Ausbildungsprogramm der Journalistik mit den reichen Erfahrungen und berechtigten Forderungen der journalistischen Praxis zusammenzuführen. Beides wurde gesichert. So nahmen an den Erörterungen etwa 60 Wissenschaftler, 50 leitende Mitarbeiter journalistischer Einrichtungen, ehemalige Absolventen der Fakultät, Kreis- und Betriebszeitungsredakteure und 150 Studenten teil. Der so erarbeitete Rahmen für einen detaillierten Studienplan wurde nochmals mit erfahrenen Praktikern beraten und diente dann als Arbeitsgrundlage für die mit seiner Spezifizierung beauftragten Arbeitsgruppen von Wissenschaftlern der Fakultät.

Die Frage nach dem Erfolg unserer Bemühungen ist nur durch eine nähere Kenn-

zeichnung der Veränderungen unseres Ausbildungsprogrammes zu beantworten. Es bedarf wohl keiner Begründung, daß der Ökonomie bei aller notwendigen Allgemeinbildung ein zentraler Platz innerhalb der Ausbildung zukommt. Natürlich hat es auch in der Vergangenheit bereits erfolgreiche Bemühungen auf diesem Gebiet gegeben. Diese Bemühungen müssen jetzt systematisiert werden. Es geht um ein wohlabgewogenes, differenziertes, in sich einheitliches System der Kenntnis- und Erfahrungsvermittlung auf dem Gebiet der Ökonomie und der modernen Naturwissenschaft und Technik. Dieses System muß die gesamte Studienzeit durchziehen. Gastvorträge, Kolloquien und Exkursionen sind entscheidende Bestandteile dieses Systems.

Plandiskussion 1964

Die theoretische Ausbildung etwa in der politischen Ökonomie des Sozialismus muß so mit Gastvorlesungen von Wissenschaftlern anderer Fachgebiete, von Organisatoren der sozialistischen Produktion und von erfahrenen Journalisten durchwirkt werden, daß die Studenten die erworbenen theoretischen Kenntnisse schnell in der Praxis anwenden können.

An der Fakultät für Journalistik geht es gleichermaßen um die optimale Verschmelzung von theoretischer und praktischer journalistischer Ausbildung, vom Vorpraktikum bis zum Staatsexamen. Auch hier können diese Erfahrungen weiterentwickelt werden. Dabei kommt es vor allem auf dreierlei an: 1. Sinnvolle Ergänzung der theoretischen Ausbildung durch Veranstaltungen, die von erfahrenen und gleichermäßen pädagogisch befähigten Journalisten aus der Praxis geleitet werden. 2. Konsequente Nutzung der praktischen journalistischen Ausbildung, zum Beispiel der angefertigten Übungsarbeiten, zur Erfüllung von Aufträgen journalistischer Institutionen, 3. Qualifizierung des Systems der Praktika.

Es versteht sich, daß die durch ein solches Ausbildungssystem gestellten Anforderungen nur erfüllt werden können, wenn schon die Auswahl der Studienbewerber und die Vorbereitung auf das Studium mit größter Sorgfalt betrieben werden. Wir werden in Zukunft vorrangig solche Studienbewerber immatrikulieren, die Neigung, Begeisterung und Befähigung für diesen Beruf bereits in ehrenamtlicher journalistischer Mitarbeit als Volkskorrespondent, Wandzeitungsredakteur oder dergleichen nachgewiesen haben. Diese Bewerber absolvieren vor Beginn des Studiums ein einjähriges redaktionelles Vorpraktikum nach verbindlichem Programm, das unter anderem enthält: Erwerb von redaktionellen und technischen Grundkenntnissen, fremdsprachliche Weiterbildung, Stenographie.

Das Praktikum im ersten Studienjahr werden unsere Studenten in Zukunft in ADN-Bezirksredaktionen absolvieren, um sich dort mit unserer Informationspolitik und der Praxis einfacher informatorischer Genres zu beschäftigen. Das zweite Studienjahr sieht eine Mitarbeit mit festgelegter Eigenverantwortung an Betriebs- und Kreiszeitungen im Raum Leipzig vor. Das dritte Studienjahr wird auch weiterhin als Fernstudienjahr in der journalistischen Praxis absolviert. Im vierten Studienjahr sieht die Verbindung zur Praxis verstärkte Auftragsarbeiten für journalistische Institutionen und die Anfertigung der Diplomarbeit in möglichst enger Verbindung zu einer journalistischen Einrichtung vor, wo diese dann auch verteidigt werden soll.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wir brauchen keine „sozialistische Hofberichterstattung“

Bei seiner Aussprache mit Wissenschaftlern und Studenten der Fakultät für Journalistik, über die die „UZ“ in ihrer letzten Ausgabe berichtete, beantwortete Volkskammerpräsident Prof. Dr. h. c. Johannes Diekmann sehr ausführlich die Frage: Wie kann die Zusammenarbeit zwischen den Volksvertretungen und der Presse verbessert werden?

Eine lebendige und interessante Parlamentsberichterstattung in den zentralen und örtlichen Presseorganen kann zweifellos in hohem Maße dazu beitragen, die Bürger der DDR zu einer aktiveren Mitarbeit in den Organen unserer sozialistischen Demokratie anzuregen. Aber, so führte Prof. Diekmann aus, bisher ist dieser Teil der Pressearbeit durchaus mangelhaft. „Was hat ein Artikel für einen Sinn“, so fragte er, „mit dem nur der Schreiber zufrieden ist? Viele Journalisten sind unsicher in ihrer Arbeit und halten sich deshalb streng an das Protokoll, aber mit dieser Art „sozialistischer Hofberichterstattung“ ist niemandem gedient. Der Journalist muß in lebendiger Form, das als richtig Erkannte in die Mas-

sen zu tragen verstehen. Dazu muß man es verstehen, Atmosphäre zu schildern, damit der Leser auch innerlich Anteil nimmt an der Arbeit seiner Volksvertreter. Als ganz besonders wichtig bezeichnete der Volkskammerpräsident die Berichterstattung über die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen. Viele Zeitungen unterschätzen bisher diese Organe der sozialistischen Demokratie. Aber gerade in den Volksvertretungen der Kreise und in den Gemeindevertretungen wird gegenwärtig über Probleme beraten, die für unseren weiteren Aufbau und für die Leitung der Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Zudem ist die Verbindung dieser Organe mit der Bevölkerung besonders eng und unmittelbar, viele Bürger nehmen regelmäßig an den Sitzungen der örtlichen Volksvertretungen teil. Deshalb darf die Presse nicht warten, bis sie von staatlicher Seite auf das Neue in den demokratischen Körperschaften aufmerksam gemacht wird, wie es z. B. in Röblingen der Fall war.

Auf eine Ergänzungsfrage von Prof. Dr. Budzislowski mußte der Volkskammerpräsident allerdings eingestehen, daß in den letzten Jahren auch viele Abgeordnete ihre publizistische Tätigkeit, die sie früher regelmäßig ausübten, vernachlässigt haben. Wenn dafür auch mancherlei objektive Gründe vorliegen mögen, so scheint uns doch, daß dieser Mangel auf die Dauer nicht zu entschuldigen ist. Jedenfalls zeigen die großen politischen und journalistischen Vorbilder der Vergangenheit und Gegenwart und nicht zuletzt Prof. Dr. Diekmann selbst, daß Staatsgeschäfte und publizistische Tätigkeit untrennbar zusammengehören.

Auch die Fragestellung selbst, zu der sich der Volkskammerpräsident trotz großer Belastungen bereitgefunden hatte, war ein Beispiel dafür, wie die Verbindung zwischen den Organen unseres Staates und der sozialistischen Presse immer enger gestaltet werden kann. Dr. Arnold Hoffmann